

An  
Die Redaktionen  
Aktuelles und Politik

23. Oktober 2015

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Freistaat Thüringen vereinbart Abschluss einer gemeinsamen Erklärung mit Zentralrat Deutscher Sinti und Roma**

Ministerpräsident Bodo Ramelow, vereinbarte gestern in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, den Abschluss einer gemeinsamen Erklärung über die künftige Zusammenarbeit des Freistaates Thüringen mit dem Zentralrat in allen die Thüringer Sinti und Roma betreffenden Angelegenheiten. An dem Gespräch nahmen auch Staatssekretärin Gabi Ohler als Thüringer Mitglied im Beirat des beratenden Ausschusses für nationale Minderheiten bei der Bundesregierung und der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Andreas Bausewein, teil.

Inhalt der Vereinbarung sollen der Erhalt und der Schutz der in Thüringen liegenden Grabstätten von im Nationalsozialismus verfolgten Sinti und Roma als Familiengedächtnisstätten und öffentliche Gedenkorte sein. Darüber hinaus soll es einen ständigen Austausch über alle Fragen geben, die die Minderheit der schon seit Generationen in Thüringen lebenden deutschen Sinti und Roma betreffen. In dem Gespräch wies Romani Rose darauf hin, dass deutsche Sinti- und Roma-Familien auch aus Thüringen nach Auschwitz und in die anderen Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten deportiert worden waren.

Außerdem sollen alle geeigneten Schritte gegen Diskriminierung und öffentliche Stigmatisierung der Minderheit in allen Bereichen Gegenstand der Vereinbarung sein, insbesondere auch die Verhinderung stigmatisierender Berichterstattung durch Behörden und in den Medien. Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurde im Koalitionsvertrag speziell auf den Schutz der Minderheit erweitert. Das Thema soll insbesondere auch in der Bildungsplanung angemessene Berücksichtigung finden.

Die Landesregierung will in einen ständigen Dialog mit der Minderheit treten – über alle aktuell anstehenden Fragen, die die Minderheit in Thüringen betreffen, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow. Rose begrüßte diese Initiative der Landesregierung als vorbildlichen Schritt für den Minderheitenschutz, damit auch die hier seit vielen Jahrhunderten beheimateten deutschen Sinti und Roma die ihnen zustehende Anerkennung als gleichberechtigte Bürger finden.

Jara Kehl  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
[Jara.kehl@sintiundroma.de](mailto:Jara.kehl@sintiundroma.de)